



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
11. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.11.2019	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:31 Uhr	
Sitzungsort:	Kantine Entsorgungsbetriebe Lübeck, Malmöstraße 22, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Burkhard Eymmer - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Markus Fraederich - CDU		Vertretung für: Frau Aneta Wolter
Frank Heidemann - Die Unabhängigen		Vertretung für: Herrn Wolfgang Nes-kovic c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen
Dr. Marek Lengen - SPD		
Bernd Lutzkat - CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Carsten Grohmann
2. Stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Hans-Jürgen Martens - Die Linke		Vertretung für: Frau Katjana Zunft
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Tim Alexander Reclam - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Michaela Blunk - FDP		
Sonja Lengen - SPD		Vertretung für: Frau Inge Hennig
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Herrn Rüdiger Hinrichs
Harald Quirder - SPD		
Klaus Hinrich Rohlf - CDU		
Verwaltung		
Senator Ludger Hinsens - FBL 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		
Dr. Olga Koop - FBC 3		
Nikolaus Laturnus -		EBL - SBV-Vertreter
Manfred Rehberg - 3.700 - EBL		Spartenleiter SRL, GF EZL GmbH
Stefan Schmedemann - 3.700- EBL		
Cornelia Tews -		EBL

Enno Thyen -	Spartenleiter Stadtentwässerung
Dr. Jan-Dirk, Verwey - 3.700 EBL	Direktor EBL
Protokollführung	
Kerstin Köneke - 3.700 EBL	
Gäste	
2 Gäste -	nur öffentlicher Teil
Prof. Dr. Dr. Jan Backmann -	Umweltministerium, Kiel - nur TOP 4.1.1
Kai Dordowsky -	Pressevertreter - LN - nur öffentlicher Teil
Jens Engel -	Ebner Stolz Mönning Bachem Partnerschaft mbB - nur bis einschl. TOP 5.2
Dr. Oliver Karschnick -	Umweltministerium, Kiel - nur TOP 4.1.1
Uwe Meyer -	Umweltministerium, Kiel - nur TOP 4.1.1
Peter Reinhardt - SPD	
Stefan Höfel - Die Unabhängigen	
Beiratsmitglieder	
Helmut Franzke - Seniorenbeirat	ab 16.45 Uhr u. nur öffentlicher Teil
Klaus Görtz - Seniorenbeirat	nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Aneta Wolter - CDU	entschuldigt
Dr. Carsten Grohmann - CDU	entschuldigt
Wolfgang Neskovic - Die Unabhängigen c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen	entschuldigt
Katjana Zunft - Die Linke	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Inge Hennig - SPD	entschuldigt
Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER & GAL	entschuldigt
Phyllis Nahrstedt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung	
2	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung	
3	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 24.10.2019	
4	Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
4.1.1	Informationen zu deponiepflichtigen Abfällen aus Stilllegung und Rückbau von kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein	
4.2	Mitteilungen der Werkleitung	
4.2.1	Ergebnis Kundenzufriedenheitsumfrage	
5	Vorlagen	
5.1	Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2018	VO/2019/08268
5.2	Wirtschaftsplan der EBL 2020	VO/2019/08076
6	Berichte	
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9	Verschiedenes	
9.1	Sitzungstermine 2020	
9.2	Information zur Vorlage Nr. VO/2019/08185-01 (Antwort der EBL auf Anfrage BM Thomas Misch: Wasserstoffmobilität in Lübeck)	
10	Ende des öffentlichen Teils	
14	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende verpflichtet das (stellvertretende) bürgerliche Ausschussmitglied **Herr Markus Fraedrich** mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.““

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, den TO 5.1 **Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2018** vor den TO 4.2 zu ziehen, damit der Vortragende und als Gast anwesende Herr Engel von der Fa. Ebner Stolz die Sitzung danach verlassen kann. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Ansonsten beschließt der Ausschuss einstimmig die Tagesordnung unter Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 24.10.2019

Herr Dr. Eymer teilt mit, dass er die Niederschrift der Oktobersitzung nicht auf Anhieb habe finden können, da diese in der Oktobersitzung abgelegt gewesen sei. Er bittet, dem Büro der Bürgerschaft einen Änderungsvorschlag zu unterbreiten, damit die Niederschrift direkt mit der Einladung zur nächsten Sitzung übermittelt werde.

Frau Dr. Blunk informiert, dass in einer früheren WA-Sitzung über die Zuordnung der Niederschriften diskutiert und deren jetzige Zuordnung aus logischen Gründen in der jetzigen Form beschlossen wurde. Daraufhin zieht der Vorsitzende seinen Änderungsvorschlag zurück.

Herr Rohlf weist darauf hin, dass er zwei Fragen, die er an Vattenfall gerichtet habe, und deren Beantwortung in der Niederschrift vermisse:

1. Die Betreiberverantwortung ist vollständig darzulegen und eine von diesen zu betreibende Einlagerungseinrichtung ist zu klären.
Darauf antwortet Herr Dr. Neuhaus, dass der Betreiber der Strahlenschutzverantwortliche sei. Der Gesetzgeber sieht nicht vor, dass man in Deutschland ein eigenes Endlager für den freigemessenen Abfall einrichte.

2. Wie hoch sind die Rücklagen der KKW-Betreiber und sind diese ausreichend um die Gesamtkosten des Rückbaus zu tragen?

Herr Dr. Neuhaus bestätigt, dass die Rückstellungen richtig seien. Jedes Jahr findet ein Anpassungsprozess statt mit verschiedenen Bewertungen. Die Rückstellungen sind schwankend. Der Abbau eines Kernkraftwerkes kostet ca. 1 Milliarde EUR.

Frau Tews weist ausdrücklich darauf hin, dass kein Wortprotokoll sondern ein Ergebnisprotokoll geführt werde. Dazu gab es auch schon ein entsprechendes Informationsschreiben der Abteilung Recht.

Herr Dr. Eymer sagt zu, dass der Nachtrag dieser zwei Punkte in diesem Protokoll aufgeführt werde.

Frau Dr. Blunk moniert, dass die Aufführung von Herrn Leber in der Teilnahmeliste fehle. (Nachträgliche Anmerkung der Protokollführerin vom 24.10.2019: Herr Leber ist kein Mitglied des Werkausschusses und wurde lediglich unter den Gästen mitgezählt).

Herr Dr. Lengen weist darauf hin, dass der Name von Herrn Prof. Dr. Dr. Backmann nicht immer korrekt geschrieben worden sei.

Herr Zahn merkt an, dass die Frage von Herrn Dr. Eymer bzgl. der Stoffe, welche auf die Deponie kämen, von Vattenfall die Antwort kam, das stehe noch nicht fest. Er fragt nach, ob das die korrekte Aussage sei?

Herr Dr. Eymer verweist auf den nachfolgenden Vortrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Backmann, in dem dazu sicherlich eine Ausführung erfolgen werde.

Die Niederschrift ist mit o.a. besprochenen Änderungsvorschlägen in der vorgelegten Fassung und Berücksichtigung der o.a. Änderungsvorschläge festgestellt.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.1.1 Informationen zu deponiepflichtigen Abfällen aus Stilllegung und Rückbau von kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein

Der Vorsitzende begrüßt als Gäste die Vertreter des Umweltministeriums Herrn Prof. Dr. Dr. Backmann, Herrn Dr. Karschnick und Herrn Meyer. Anhand einer Präsentation gibt Herr Prof. Dr. Dr. Backmann einführende Informationen zur Thematik.

Er beschreibt die Aufgabe seiner Aufsichtsbehörde und betont, dass das Ministerium nicht Betreiber und Verantwortlicher des Rückbaus der Kernkraftwerke sei, sondern Vattenfall. Das Thema sei derzeit politisch sehr aufgeladen. Das halte er nicht für den angemessenen Umgang damit, da letztendlich der Beschluss zum Kernkraftwerkausstieg über alle Parteigrenzen hinweg beschlossen worden ist.

Er gibt Erläuterungen zum Atomausstieg, zur Freigabe (Entlassungsverfahren der Stoffe), zu den zu entsorgenden Massen am Beispiel des KKW Brunsbüttel und das Entsorgungssystem in Schleswig-Holstein. Er führt aus, auf welchem Weg sich für das jetzige Deponie-Modell (Deponie plus) entschieden wurde.

Weil die Anlegung einer eigenen gesonderten Deponie aufgrund der zu geringen Mengen (ca. 30.000 t) unwirtschaftlich wäre, hat man sich letztendlich auf 4 Deponien in Schleswig-Holstein für die Aufnahme der KKW-Abfälle verständigt (7 wurden insgesamt auf Tauglichkeit dafür geprüft). Man sei bereit für örtliche Diskussionsprozesse und individuelle Vereinbarungen. Die Gespräche an den Deponiestandorten laufen derzeit noch.

Der Vorsitzende dankt Herrn Prof. Dr. Dr. Backmann für seine Erläuterungen.

Herr Rohlf fragt, ob die gebildeten Rücklagen bei den Betreiberverantwortlichen letztendlich ausreichend seien und wer die Höhe festlege.

Herr Prof. Dr. Dr. Backmann teilt mit, dass es hier eine klare gesetzliche Regelung gebe. Derzeit würden in einem Fond Rücklagen in Höhe von 26 Milliarden EUR vom Bund verwaltet. Pro Rückbauprojekt sei jeweils 1 Milliarde EUR eingeplant; das werde auch immer wieder überprüft.

Der Vorsitzende fragt nach, ob der Bund eintrete, sollte die Rücklage nicht ausreichen. Das bejaht Herr Prof. Dr. Dr. Backmann, aber nur für radioaktive Abfälle.

Herr Martens fragt nach, ob die Plus-Vereinbarung auch beinhalten könne, auf Niemark einen abgeschlossenen Bereich für die Ablagerung dieser Abfälle einzurichten. Diese Möglichkeit sieht Prof. Dr. Dr. Backmann als diskussionswürdig. Zwar stiegen dadurch die Kosten etwas; das wüssten die Betreiber jedoch und seien dazu grundsätzlich bereit.

Die Frage von Herrn Franzen, ob man die avisierten Abfälle nicht auch verbrennen könne, verneint Herr Prof. Dr. Dr. Backmann.

Herr Dr. Lengen weist darauf hin, dass 4 von den 7 angedachten Deponien sich aus dem Verfahren herausziehen mit der Begründung der fast vollständigen Auslastung. Jedoch müsse auch Niemark sich darüber Gedanken machen, in 30 – 40 Jahren ausgefüllt zu sein.

Neue Standorte müssten daher so oder so gesucht werden. Er fragt sich, warum bei so kritischen Fällen nicht doch die Option einer eigens angelegten Deponie gezogen wurde. Bei sich ändernden wissenschaftlichen Erkenntnissen wäre dann alles auf einem Platz. Warum nehme die Landesaufsicht die Betreiber nicht für eine eigene Deponie für diesen AKW-Schutt in die Verantwortung.

Herr Prof. Dr. Dr. Backmann korrigiert, dass sich drei Deponien nicht „rauszögen“. Sie kämen auch aus statischen Gründen nicht in Betracht.

In Schleswig-Holstein werde die Deponierung von solchen Stoffen von jeher praktiziert. Man müsse darauf achten, die Stoffe nicht zu stigmatisieren; dazu bestünde keine berechtigte Sorge. Ängste würden hier künstlich geschürt. Nochmals betont er ausdrücklich, dass die anfallende Menge wirtschaftlich keine eigene Deponie hergebe.

Herr Zahn lässt sich erläutern, wann alle Kraftwerke schließlich vom Netz gehen. Antwort: In Betrieb sei nur noch Brokdorf und dessen Aus sei endgültig am 31.12.2021.

Auf die Frage von Herrn Quirder informiert Herr Dr. Verwey, dass im Durchschnitt 50.000 – 100.000 t Abfall/Jahr nach Niemark geliefert werden.

Auch Herr Franzen fragt noch einmal nach, warum für die KKW-Abfälle keine eigene Deponie aufgemacht würde. Und fragt, wie lange so etwas dauern würde.

Darauf antwortet Herr Meyer: Zeitlich müsse man 8 – 12 Jahre veranschlagen; das sei abhängig von den mit Sicherheit zu erwartenden Klageverfahren.

Herr Misch hinterfragt die Aktualität der Strahlenschutzverordnung (aus 2001 stammend). Herr Prof. Dr. Dr. Backmann stellt fest, dass die 10 Mikrosievert weltweiter Standard seien (auch der Bund habe da keinen Spielraum). Der Wert entspreche auch heute noch dem internationalen Stand der Wissenschaft.

In diesem Zusammenhang bietet er nochmals die Möglichkeit des Besuchs einer Vorführung zu den Messungen im Kernkraftwerk an.

Zusammenfassend hält Herr Dr. Verwey fest, dass die EBL sich bereits seit Ende 2015/Anfang 2016 mit dem Thema beschäftigen. Auch war es bereits mehrfach auf der Tagesordnung der Werkausschusssitzungen. Es habe schon zu Beginn der Diskussion eine Bürgerinformationsveranstaltung gegeben. Nach seinem persönlichen Eindruck war aber kein großer Bürgerzulauf zu verzeichnen.

Herr Rohlf fragt die Runde, ob das Angebot der KKW-Besichtigung wahrgenommen werde. Herr Senator Hinsen informiert, dass die EBL den Besuch organisieren werden, wenn sich genug Interessen melden. Der Vorsitzende führt aus, dass es jedem freistehe, sich bei den EBL zu melden.

Er fasst zusammen, dass das Thema eine politische, weniger eine Fachfrage sei, die geklärt werden müsse. Bei den Menschen gebe es große Vorbehalte. Er habe zweistellige Rückmeldungen von den Bürgern; Proteste können erwartet werden. Das Thema müsse jetzt in der Bürgerschaft weiter diskutiert werden.

Er bedankt sich für den informativen Vortrag und die Diskussion.

Herr Prof. Dr. Dr. Backmann verabschiedet sich und betont, dass er den Dialogprozess gerne jederzeit fortsetzen würde. Er und seine Kollegen verlassen die Sitzung um 17.22 Uhr.

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

zu 4.2.1 Ergebnis Kundenzufriedenheitsumfrage

Um 17.47 – 17.49 Uhr verlässt der Vorsitzende kurz den Raum und übergibt für diese Zeit Herrn Lutzkat die Sitzungsleitung.

Anhand einer Präsentation stellt Herr Dr. Verwey das Ergebnis der Umfrage vor. Die Auswertung wurde von einem Marktforschungsinstitut mit 1.000 Befragungen in 10 Bezirken durchgeführt. Dies war bereits die dritte Umfrage (2010, 2014, 2019). In der Umfrage werden die EBL gemessen an Branchenunternehmen mit großen Namen (die ganz andere Budgets haben). In Summe zeigt sich Herr Dr. Verwey sehr zufrieden mit den Ergebnissen der EBL im Branchenvergleich und insbesondere mit den Verbesserungen im Zeitablauf (2010 – 2019) in nahezu allen Kategorien. Anschließend beantwortet Herr Dr. Verwey Fragen von Herrn Zahn, Frau Lengen und von einem Gast.

Interessant fand Herr Dr. Verwey auch die Zahlen bzgl. der Informiertheit über die EBL-Kampagnen. Wie kommen diese an?

Zu 20 % war die Kampagne #wirfuerBio bekannt – hier gibt es noch Potential nach oben. Weniger bekannt war die Kampagne „Feuchttücher“. Junge Leute waren informiert über Facebook. Auf Nachfrage von Herrn Görtz erläutert Herr Dr. Verwey, dass die Kampagnen seit einem Jahr laufen. Sie sollen im nächsten Jahr verfestigt werden. Dann laufen neue Messungen.

Frau Mählenhoff fragt nach den Rückmeldungen zu der Kampagne #wirfuerBio in anderen Städten. Herr Rehberg führt aus, dass die EBL Gründer und Vorreiter in dieser Kampagne seien. Dazu gibt es eine Lenkungsgruppe, in der er auch sitzt. In anderen Städten hat es noch keine Umfrage gegeben, jedoch Analysen des Bioabfalls. Die zeigen, dass die Kampagne wirke. Es sei zu verzeichnen, dass die Reklamationen bei den Kampagnen zurückgehen. Eine Analyse zur Bestimmung des Störstoffanfalls im Bioabfall folge noch.

Herr Lutzkat sieht einen möglichen positiven Effekt der Umfrage auch beim Personal. Lt. Herrn Rehberg werde das erhofft, weil das EBL-Image steige. Auf Nachfrage informiert er, dass zwar noch nicht alle Ausbildungsplätze besetzt seien, dies aber noch gelingen werde (anders als bei anderen Kommunen).

Herr Hinsen fügt hinzu, dass es zudem noch einen Imagefilm der EBL, bei dem die Mitarbeiter selbst mitwirken, gebe. Die Tatsache, dass die Mitarbeiter sich dafür engagierten, zeige das als wichtiges Element bei der Imageförderung auf.

Herr Eymer dankt Herrn Dr. Verwey für seine Ausführungen zur Präsentation.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Jahr 2018 Vorlage: VO/2019/08268

Herr Engel gibt Ausführungen zum Jahresabschluss anhand einer Präsentation (Beauftragung, Gegenstand der Prüfung, Prüfungszeitraum, Prüfungsergebnisse, Deponie-Rückstellung).

Dazu beantwortet er Fragen der Herren Eymer und Quirder zur Darstellung der Vermögens- und Kapitalstruktur und Stichtagsberechnung.

Herr Zahn fragt, ob die Hilfe der Entsorgungsbetriebe im Kreis Stormarn bei dessen Engpässen bei der Müllentsorgung in Rechnung gestellt wurde. Das bestätigt Herr Dr. Verwey.

Frau Dr. Blunk lässt sich die wiederholende Rücklage in den kalkulatorischen Einnahmen von Herrn Engel erläutern.

Herr Martens fragt nach Rückstellungen der EBL für Klagen bzgl. der geänderten Straßenreinigungsg Gebühr. Die seien lt. Herrn Engel berücksichtigt. Herr Dr. Verwey informiert, dass die derzeitigen Fälle überschaubar seien und nur ein geringes Risiko darstellten.

Der Vorsitzende dankt Herrn Engel für seine Erläuterungen und er verlässt die Sitzung.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2018 der Entsorgungsbetriebe Lübeck wird

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Berichte

Keine.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Keine.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Keine.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 Sitzungstermine 2020

Dem Protokoll wird der vorläufige Zeitplan beigefügt. Lt. dem Vorsitzenden gibt es noch Klärungsbedarf hinsichtlich des Januar-Termins.

**zu 9.2 Information zur Vorlage Nr. VO/2019/08185-01 (Antwort der EBL auf Anfrage
BM Thomas Misch: Wasserstoffmobilität in Lübeck)**

Herr Misch dankt für die Beantwortung der Anfrage.

zu 9.3 – Hinterliegerbereiche/Nachforderungen

Herr Zahn und Frau Dr. Blunk sprechen das Hinterliegerthema in der Finnlandsiedlung an. Nach jetziger Satzung gebe es da ein Problem mit den Anwohnern. Herr Rehberg hat diese bereits einmal sehr gut und plastisch dargestellt, wird das Thema „Nachforderungen“ aber mit auf die TO des nächsten Werkausschusses nehmen, um das Für und Wider darzustellen wg. der unterschiedlichen vorhandenen Auffassungen. Zu diesem Thema müsse sensibilisiert werden. Dem stimmt Herr Hinsin zu. Er möchte deswegen, dass der Bereich Recht zu dem Punkt in der nächsten Sitzung anwesend ist.

zu 9.4 – Frage von Herrn Zahn in Sachen „Fahrradweg Schlutup“

In der Wesloer Straße Richtung Schlutup ab Wilhelm-Krohn-Platz sollen die Fahrradfahrer die Straße nutzen (lt. Beschilderung). Vorhanden blieben ein Fußweg und ein unbenutzter Radweg. Welcher „Fußweg“ müsse nun durch die Anwohner sauber gehalten werden? Herr Dr. Verwey bittet um die genaue Adressnachreichung (s.o.), damit die EBL dazu recherchieren können.

zu 9.5 - Pressemeldung zu den Gewerbegebieten (Problemen mit der Entwässerung)

Dazu führt Herr Senator Hinsin aus, dass die Berichtserstattung im Sachverhalt sehr unglücklich dargestellt sei. Zum Gewerbegebiet Kronsfordor Landstraße gebe es Diskussionsbedarf. Die EBL seien aber auf gutem Weg zu einer gemeinsamen Lösung. Herr Dr. Verwey bestätigt das; man befinde sich im Gespräch mit der KWL. Herr Hinsin betont, dass es nicht im Sinne der EBL sei, Gewerbegebiete zu behindern.

Er unterbreitet das Angebot, das Thema Masterplan in den Fraktionen im Gesamtzusammenhang darzustellen oder aber auch in einem Werkausschuss. Bei den Grünen und der CDU sind Herr Senator Hinsin und Herr Dr. Verwey schon gewesen (Stichwort: Masterplan Entwässerung).

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18.24 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.
Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18.25 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 14 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung 3 Beschlüsse gefasst worden seien und schließt die Sitzung um 18.31 Uhr.

Abschließend gibt Herr Dr. Verwey noch den Hinweis, dass am Samstag der EBL-Flohmarkt stattfindet.

Lübeck, den 13. Dezember 2019

Dr. Burkhard Eymmer
Vorsitzende/r

Kerstin Köneke
Protokollführung